

WTO: Fundament einer erfolgreichen Aussenwirtschaftspolitik

dossierpolitik

23. November 2009

Nummer 28

WTO-Ministerkonferenz in Genf Die Welthandelsorganisation wird vom 30. November bis 2. Dezember 2009 in Genf ihre siebte Ministerkonferenz durchführen. Im Zentrum stehen institutionelle Fragen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der WTO. In Zeiten der Wirtschaftskrise und protektionistischer Massnahmen ist die Schweizer Wirtschaft auf stabile und durchsetzbare Regeln besonders angewiesen. Die Handelsminister der 153 WTO-Länder werden die Gelegenheit auch nutzen, um eine Bestandesaufnahme der laufenden Doha-Runde vorzunehmen. Nach wie vor ist offen, ob genügend politischer Wille vorhanden ist, die Verhandlungen wie geplant im Jahr 2010 abzuschliessen. Gemäss Berechnungen würde dadurch weltweit jährlich ein zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert. Grund genug, die Verhandlungen konsequent fortzuführen und möglichst rasch eine Einigung zu erzielen.

Position economiessuisse

▶ Die stark exportorientierte Schweizer Wirtschaft ist auf eine starke und handlungsfähige Welthandelsordnung angewiesen. Die WTO verbessert den Marktzugang im Ausland, wirkt dem Recht des Stärkeren entgegen und schränkt diskriminierende Massnahmen ein. Die WTO bildet die notwendige Basis einer erfolgreichen Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz.

▶ Die Doha-Runde ist möglichst rasch abzuschliessen. In den Verhandlungen ist der Bundesrat aufgefordert, sich für die Offensivinteressen der Schweizer Wirtschaft einzusetzen. Der verbesserte Marktzugang für Industriegüter, eine Liberalisierung des Dienstleistungshandels sowie ein Abkommen über Handelserleichterungen stehen dabei im Vordergrund.

Die WTO ist mehrfach gefordert

► Schleppender Verlauf der Doha-Verhandlungen.

Im November 2001 lancierten die Mitglieder der WTO in Doha (Katar) eine neue Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des internationalen Güter- und Dienstleistungshandels. Der Verhandlungsverlauf gestaltete sich in den Folgejahren schwierig. Mehrere Ministerkonferenzen mussten ergebnislos beendet werden. Das Konsensprinzip erweist sich aufgrund des Anstiegs der Mitgliederzahl und der Heterogenität ihrer Interessen zunehmend als Hürde. Das Duo EU-USA, das die Verhandlungen in früheren Runden jeweils vorangetrieben hatte, ist sich in bestimmten Bereichen uneinig und hat gegenüber grossen Schwellenländern relativ an Einfluss eingebüsst. Aufgrund des geringen Fortschritts auf multilateraler Ebene haben bilaterale und regionale Handelsabkommen stark zugenommen. Heute sind bereits über 260 solcher Abkommen in Kraft.¹ Vor diesem Hintergrund sieht sich die WTO in der Öffentlichkeit mit kritischen Fragen zu ihrer Legitimität und Handlungsfähigkeit konfrontiert. Sowohl Liberalisierungsbefürworter aus der Wirtschaft als auch WTO-Kritiker aus dem Lager der Globalisierungsgegner scheinen in Anbetracht der schleppenden Fortschritte eine gewisse «WTO-Müdigkeit» aufzuweisen.

► Der globale Standortwettbewerb hat sich verschärft und protektionistische Massnahmen nehmen deutlich zu.

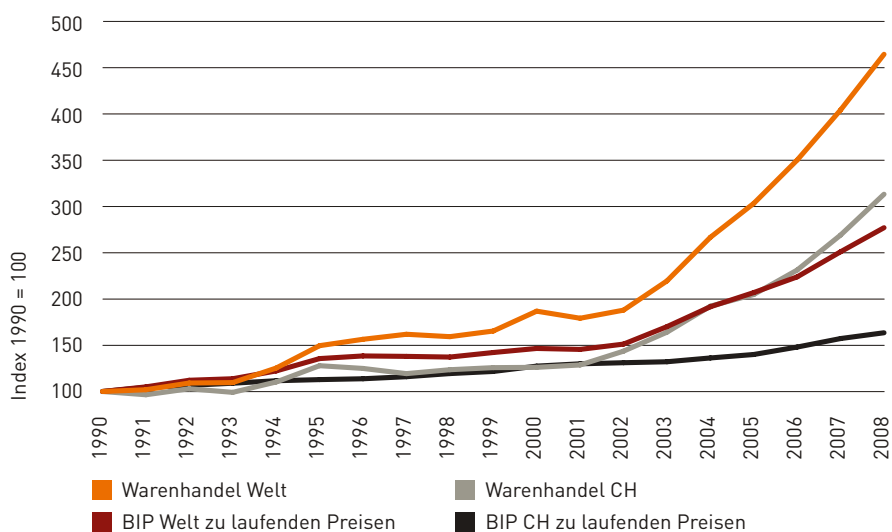
Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Welthandel stark getroffen. Hat sich das globale Handelsvolumen seit 1980 von rund 2000 Milliarden Dollar bis ins Jahr 2008 versiebenfacht, ist es in diesem Jahr um rund zehn Prozent gesunken. Die Schweiz blieb als international ausgerichtete Volkswirtschaft nicht verschont. In den ersten drei Quartalen sind die Warenexporte gegenüber dem Vorjahr real um 16,7 Prozent eingebrochen, die Importe sind um elf Prozent gesunken. Insgesamt ist mit einem Ausfall des Exportvolumens von rund 20 bis 40 Milliarden Franken zu rechnen. Die Krise wird erstens zu einer weiteren Verschiebung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in Richtung Schwellenländer führen. Zweitens wird sich der internationale Standortwettbewerb weiter verschärfen. Drittens befindet sich die merkantilistische Industriepolitik im Aufschwung. In den letzten Monaten wurden weltweit pro Woche rund sechs neue protektionistische Massnahmen ergriffen. Im Rahmen der WTO manifestiert sich dies an einem Emporschnellen von Antidumpingverfahren.

Grafik 1

► Der weltweite Handel mit Gütern und Dienstleistungen hat sich seit 1990 rund verfünffacht. Die Schweizer Wirtschaft ist besonders international ausgerichtet. Jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Schweizer Warenexporte im Jahre 2009 eingebrochen.

Die Entwicklung des Welthandels

Starker Anstieg seit 1990



Quelle: WTO (2009), Weltbank (2009)

¹ Vgl. Regional Trade Agreements Information System <http://rtais.wto.org>

WTO-Ministerkonferenz in Genf

► Die exportorientierte Schweizer Wirtschaft ist auf offene Märkte angewiesen.

► Was ist von der 7. WTO-Ministerkonferenz zu erwarten?

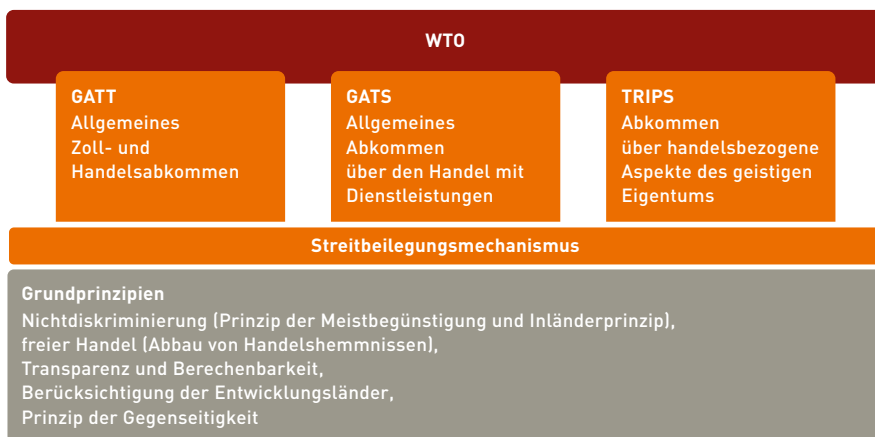
Als kleine, stark exportorientierte Wirtschaft ist die Schweiz auf eine vertraglich abgesicherte Öffnung der Absatzmärkte und stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Protektionistische Massnahmen drohen den Nutzen der Liberalisierung zu mindern und die weltwirtschaftliche Erholung zu verzögern. Im Kampf gegen diese Entwicklungen nimmt die Welthandelsorganisation WTO eine zentrale Rolle ein. Vom 30. November bis am 2. Dezember findet in Genf ihre siebte ordentliche Ministerkonferenz statt. Sie steht unter dem Thema «The WTO, the Multilateral Trading system and the Current Global Economic Environment». Die Konferenz wird unter dem Vorsitz von Chile stehen. Die Schweiz, Ägypten und Indonesien werden als stellvertretende Vorsitzende amten.

Primäres Ziel der Konferenz ist es, die WTO als Institution zu stärken. Damit die Organisation flexibel und rasch handeln kann, sind Reformen zur Effizienzsteigerung der Verhandlungs- und Entscheidungsmechanismen anzugehen. Die WTO darf nicht auf die Doha-Verhandlungen reduziert werden. Die Organisation umfasst rund dreissig bestehende multi- und plurilaterale Abkommen in den Bereichen des Güterhandels (GATT), der Dienstleistungen (GATS) und des geistigen Eigentums (TRIPS). Die WTO sollte sich auch in Zukunft auf Handelsfragen konzentrieren und nicht mit anderen Themen wie Umweltschutz oder Sozialnormen überfrachtet werden. Dafür existieren spezialisierte und dadurch besser geeignete internationale Gremien. An der Ministerkonferenz in Genf stehen die Doha-Verhandlungen nicht im Vordergrund. Trotzdem werden die Handelsminister die Gelegenheit zum informellen Dialog und für eine Bestandesaufnahme der laufenden Verhandlungen nutzen. Eine Einigung über die Eckwerte der Liberalisierungen (Modalitäten) ist jedoch nicht zu erwarten. Insgesamt ist die Schweizer Wirtschaft auf eine starke und handlungsfähige WTO angewiesen. Darüber hinaus würde ein rascher Abschluss der Doha-Verhandlungen einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise leisten.

Grafik 2

► Die WTO darf nicht auf die Doha-Runde reduziert werden. Sie umfasst rund dreissig bestehende multi- und plurilaterale Abkommen in den Bereichen des Güterhandels (GATT), der Dienstleistungen (GATS) und des geistigen Eigentums (TRIPS). Der Streitbelegungsmechanismus erlaubt den WTO-Mitgliedern, gegen Regelverstösse vorzugehen.

Die Struktur der WTO



Starke und handlungsfähige WTO ist zentral

Aus verschiedenen Gründen ist die Schweizer Wirtschaft auf eine starke und handlungsfähige Welthandelsorganisation angewiesen:

► Nichtdiskriminierung als zentrales Prinzip der WTO.

Die WTO schafft transparente und durchsetzbare Regeln

Der grosse Vorteil der WTO liegt darin, dass sie allgemeingültige, vorhersehbare und durchsetzbare Regeln schafft und so dem Recht des Stärkeren im globalen Handel entgegenwirkt. Davon profitieren insbesondere kleine exportorientierte Volkswirtschaften wie die Schweiz, wo jeder zweite Franken im Ausland verdient wird. Das multilaterale Regelwerk basiert auf dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Darunter ist zum einen das Prinzip der Meistbegünstigung (Most Favoured Nation MFN) zu verstehen. Es verpflichtet zur Gleichbehandlung aller WTO-Mitglieder. Zum anderen dürfen gemäss dem Inländerprinzip (National Treatment) importierte Güter nicht schlechtergestellt sein als heimische Produkte. Im Gegensatz zu anderen multilateralen Gremien kann ein Regelverstoss im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens geahndet werden. An der Ministerkonferenz in Genf muss eine Stärkung des Mechanismus der Streitbeilegung angestrebt werden, um effektiver gegen protektionistische Bestrebungen einzelner WTO-Mitglieder vorgehen zu können.

► Protektionismus droht die Erholung der Weltwirtschaft zu verzögern.

Die WTO schützt vor Protektionismus

Angesichts der Rezession und der zunehmenden Arbeitslosigkeit versuchen immer mehr Staaten, ihre Märkte abzuschotten und die heimische Wirtschaft zu schützen. Zölle werden temporär erhöht, «buy local»-Klauseln und Investitionsbeschränkungen eingeführt, neue Zertifizierungsvorschriften erlassen. Auch im Dienstleistungssektor breitet sich der «Heimatschutz» aus. Seit dem Bekenntnis der G-20-Staaten im November 2008 «to refrain from raising new barriers to investment or to trade in goods and services»,¹ haben ebendiese Länder über 130 diskriminierende Massnahmen ergriffen. Rund die Hälfte betreffen direkt die Schweizer Wirtschaft.² Die punktuellen Massnahmen sind gesamtwirtschaftlich meist noch nicht relevant, können einzelne Exportfirmen oder -branchen aber drastisch treffen. Dank des Monitoringmechanismus der WTO werden die handelspolitischen Massnahmen überwacht und transparent gemacht. Die Gefahr eines «tit-for-tat» – d.h. eines protektionistischen Dominoeffekts – konnte dadurch bislang eingegrenzt werden.

► Ein Abschluss der Doha-Verhandlungen würde zusätzliches Wachstum in der Höhe von 300 bis 700 Milliarden Dollar generieren.

Die Doha-Runde als Konjunkturspritze

Ein Abschluss der Doha-Runde würde der Weltwirtschaft einen nachhaltigen Impuls geben. Gemäss einer Studie des Peterson Institute for International Economics³ würde durch einen Abschluss der Verhandlungen weltweit jährlich ein zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert. Allein das Exportvolumen dürfte um 180 bis 520 Milliarden Dollar zunehmen. Neben dem handelsschaffenden Effekt resultiert zusätzlich ein indirekter Nutzen durch die Senkung von gebundenen Zöllen. Die WTO wirkt quasi als Versicherungspolice gegen eine Erhöhung der angewandten Zölle. Berechnungen⁴ gehen davon aus, dass sich dieser indirekte Nutzen mindestens ebenso positiv auswirkt wie die zusätzliche Stimulierung des Handels. Insgesamt würde die Doha-Runde eine äusserst wirksame Konjunkturspritze mit einem Wachstumseffekt von mehreren Hundert Milliarden Dollar darstellen.

¹ Declaration G-20-Summit on financial markets and the world economy, 15. November 2008.

² Vgl. www.globaltradealert.org

³ Peterson Institute for International Economics (2009): What's on the table? The Doha Round as of August 2009.

⁴ International Food Policy Research Institute IFPRI (2008): The potential cost of a failed Doha Round.

▶ Parallel zum Engagement auf multilateraler Ebene ist das Netz von Freihandelsabkommen zu pflegen und auszubauen.

▶ «Open markets offer the only realistic hope of pulling billions of people in developing countries out of abject poverty, while sustaining prosperity in the industrialized world.» (Kofi Annan)

Die WTO bildet die Basis für Freihandelsabkommen

Das WTO-Regelwerk bildet das Fundament für bilaterale oder regionale Präferenzabkommen. Diese erlauben den Staaten, Marktöffnungen in schnellerem Tempo und über den kleinsten gemeinsamen Nenner der WTO hinaus vorzunehmen. Die Schweiz verfolgt im Rahmen der EFTA (European Free Trade Association) sehr erfolgreich diese Politik und verfügt mittlerweile über ein Netz von 20 Abkommen. Als jüngstes Freihandelsabkommen (FHA) ist am 1. September 2009 dasjenige mit Japan in Kraft getreten. Es ist das wirtschaftlich bedeutendste Abkommen seit demjenigen mit der EG aus dem Jahr 1972. Insgesamt sparen die Schweizer Unternehmen pro Jahr rund 420 Millionen Franken an Zollabgaben mit aussereuropäischen Freihandelspartnern. Die Exporte in diese Länder wachsen rund doppelt so schnell, die Direktinvestitionen rund um einen Drittel schneller als im Durchschnitt.¹ Das Engagement der Schweiz ist positiv zu werten. Dabei muss jedoch Qualität vor Quantität gehen. Im Gegensatz zu den WTO-Regeln führen FHA zu einer Vielzahl von Präferenzräumen mit unterschiedlichen Bestimmungen betreffend Deckungsbereich, Übergangsfristen und Ursprungsregeln. Diese zunehmende Komplexität stellt die Unternehmen vor grosse Herausforderungen in der Praxis. Als übergeordnetes Ziel sollte deshalb eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Abkommen angestrebt werden. Alle FHA der Schweiz respektive der EFTA basieren auf dem multilateralen Regelwerk der WTO und werden deshalb grundsätzlich auch nur mit WTO-Mitgliedern abgeschlossen. Liberalisierungen sollten parallel sowohl im multi- als auch im bilateralen Rahmen vorangetrieben werden.

Die WTO integriert Entwicklungsländer

Erklärtes Ziel der Doha-Verhandlungen ist die wirtschaftliche Förderung der Entwicklungsländer durch die weitere Liberalisierung des Handels – beispielsweise im Agrarbereich –, die Verbesserung der multilateralen Regeln und die vermehrte Integration der weniger entwickelten WTO-Mitglieder in das globale Handelssystem. Den Entwicklungsländern kommt daher bereits heute eine privilegierte Behandlung zu. Sie haben Anrecht auf Ausnahmeregelungen, beispielsweise durch längere Übergangsfristen oder Ausnahmen bei der Anwendung allgemeiner Regeln. Darüber hinaus leisten die Schweiz und andere Industriestaaten Hilfe zum Aufbau von technischem Fachwissen. Als Handelsorganisation kann und soll die WTO jedoch nicht grundlegende entwicklungspolitische Probleme lösen wie beispielsweise das Fehlen von stabilen politischen und wirtschaftlich-strukturellen Rahmenbedingungen. Heute kann nicht mehr von einem kohärenten Block der Entwicklungsländer gesprochen werden. Eine laufende Überprüfung der WTO-Definition von «Entwicklungsland» ist angezeigt.

¹ Abt, Marianne (2009): Bedeutung der Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU. In: «Die Volkswirtschaft», 10/2009.

Wirtschaft braucht Abschluss der Doha-Runde

► Der Rhetorik müssen Taten folgen.

Seit acht Jahren versuchen die WTO-Mitglieder in der Doha-Runde, sich über die Modalitäten der Handelsliberalisierung zu einigen. Im Juli 2008 war ein Abschluss zum Greifen nah. Die Verhandlungen scheiterten vordergründig an der Frage der Ausgestaltung von Schutzmassnahmen für Agrarprodukte. Nach einem Marschhalt im Jahr 2008 wurden die Verhandlungen dieses Jahr wieder fortgesetzt. Auf politischer Ebene haben sich die Staats- und Regierungschefs der G-20-Staaten an ihrer Konferenz in Pittsburgh im September 2009 erneut zur multilateralen Handelsliberalisierung bekannt und deklamiert, die Runde nun bis Ende 2010 abschliessen zu wollen. Seither finden in Genf täglich Treffen auf technischer Ebene statt. Ob aber bis im ersten Semester 2010 eine Einigung über die Modalitäten erzielt werden kann, ist fraglich. Gefordert ist mehr als Rhetorik der Handelsminister und Fleiss der Unterhändler. Es braucht von den wichtigsten Akteuren den politischen Willen für den Abschluss und den Handlungsspielraum für Konzessionen. Momentan scheint dies nicht gegeben. In den USA dominieren die Gesundheitsreform oder die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, nicht aber die Handelspolitik die Agenda. Vielmehr verlangen die amerikanische Politik und Wirtschaftsvertreter eine Nachbesserung der Verhandlungstexte vom Dezember 2008. China musste im Rahmen des WTO-Beitritts viele Konzessionen eingehen und besteht nun – wie die Industrieländer – darauf, dass grosse Schwellenländer wie Indien oder Brasilien ihre Märkte ebenfalls stärker öffnen. Diese wiederum fordern unter anderem eine stärkere Öffnung der Agrarmärkte in den Industrieländern. Nachfolgend sollen die wichtigsten Verhandlungsbereiche und die Position der Schweizer Wirtschaft kurz skizziert werden:

► Von einem vorhersehbaren und ungehinderten Marktzugang profitieren insbesondere KMU.

Industriegüter – Non-Agricultural Market Access (NAMA)

Zölle sind Transaktionssteuern, die einen finanziellen und administrativen Aufwand verursachen und idealerweise längerfristig abgeschafft werden sollten. Ziel der NAMA-Verhandlungen ist es, den grenzüberschreitenden Marktzugang für Industriegüter durch den Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen (Lizenzen, Subventionen, Kontingente) zu verbessern.

Der Zollabbau soll mittels einer harmonisierenden Formel erfolgen. Dabei müssen hohe Zölle stärker reduziert werden als tiefe. Um den Entwicklungsstand der einzelnen Länder zu berücksichtigen, hat man sich in den laufenden Verhandlungen geeinigt, unterschiedliche Koeffizienten für Industrie- und Entwicklungsländer anzuwenden. Aufgrund der relativ hohen Koeffizienten und der grossen Differenz zwischen gebundenen und tatsächlich angewendeten Zöllen¹ wird sich der Marktzugang von Schweizer Exportprodukten in Schwellenländern nur marginal verbessern. Nichtsdestotrotz führt eine substanzielle Reduktion der gebundenen Zölle – diese betragen bei Industriegütern in Brasilien 30,8 Prozent, in Indien 36,2 Prozent, in China 9,1 Prozent und in der Schweiz 2,5 Prozent – zu mehr Planungs- und Rechtssicherheit. Die vorliegende Abbauformel reduziert hingegen in den USA oder China die heute angewendeten Zölle teilweise deutlich. Die Schweizer Industrie würde pro Jahr Zölle von rund 150 Millionen (USA) respektive rund 120 Millionen Franken (China) einsparen. Von einem vorhersehbareren und besseren Marktzugang profitieren insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Für die Schweizer Wirtschaft sind in den laufenden Doha-Verhandlungen drei Punkte zentral:

¹ Gebundene Zölle stellen die in der WTO vereinbarten und notifizierten Maximalzölle eines Landes dar, die nicht mehr überschritten werden dürfen. Die effektiv angewandten Zölle können jedoch unter den gebundenen Zöllen liegen.

► Sektorinitiativen als Ergänzung zu einer generellen Abbauformel.

► Eine weitere Ausdehnung und Kumulierungsmöglichkeit von Flexibilitäten¹ gilt es zu verhindern. Andernfalls könnten ganze Produktbereiche vom Zollabbau ausgenommen werden.

► Sektorinitiativen sind als Ergänzung zu einer generellen Abbauformel klar zu unterstützen. Wichtig für deren Erfolg sind ein umfassender Deckungsbereich, innerhalb dessen die Abschaffung jeglicher Zölle sowie eine breite Beteiligung der WTO-Mitglieder. Die Schweizer Wirtschaft setzt sich für Sektorabkommen in den Bereichen Maschinen, Chemie, Textilien und Medizinaltechnik ein.

► Um beim Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse Fortschritte zu erzielen, sind zusätzliche Anstrengungen nötig.

Grafik 3

► Der Zollabbau bei Industriegütern erfolgt anhand einer für alle WTO-Mitglieder gültigen mathematischen Formel:

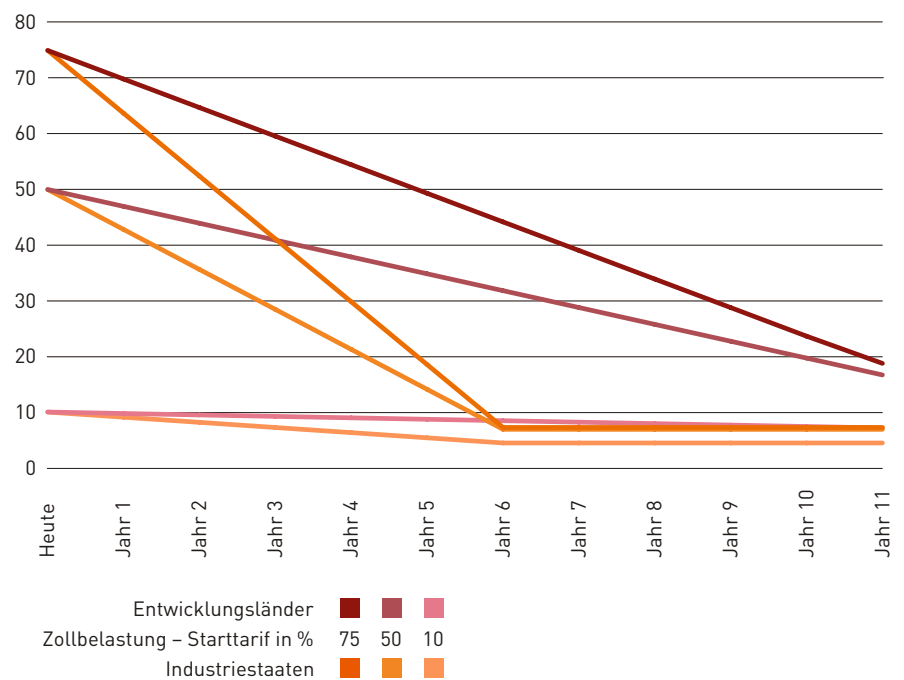
$$t_1 = \frac{t_0 \cdot a}{t_0 + a}$$

wobei t_0 = heutiger Zoll, t_1 = reduzierter Zoll nach Übergangsfrist, a = Koeffizient

Die Formel ist so ausgestaltet, dass hohe Zölle stärker gesenkt werden müssen als tiefe und sich so über die Zeit angleichen. Die Interessen der Entwicklungsländer werden in zweierlei Hinsicht berücksichtigt: Aufgrund unterschiedlicher Koeffizienten und Übergangsfristen müssen diese ihre Zölle weniger stark und weniger schnell senken, als die Industriestaaten. In der nebenstehenden Grafik wird der Abbau am Beispiel von Zöllen die heute 75 Prozent, 50 Prozent oder zehn Prozent betragen, illustriert.

Wie funktioniert der Zollabbau?

Abbau von Industriezöllen gemäss unterschiedlichen Koeffizienten und Übergangsfristen für Entwicklungsländer und Industriestaaten



¹ Entwicklungsländer profitieren von gewissen Flexibilitäten, d.h. Ausnahmen von der generellen Abbauformel, die ihnen erlauben, ihre Zölle weniger stark zu reduzieren.

► Die Verhandlungen mit der EU über ein FHAL müssen fortgesetzt werden.

Landwirtschaft – Agricultural Market Access (AG)

Ziele der AG-Verhandlungen sind ein besserer Marktzugang für landwirtschaftliche Produkte, der Abbau von produktgebundenen und handelsverzerrenden Stützungszahlungen sowie der vollständige Verzicht auf Exportsubventionen. Der schweizerische Grenzschutz für Agrarprodukte ist weltweit einer der höchsten, ebenso wie die Subventionen. Die Schutzmauern der Schweiz müssen gemäss jetzigem Stand der Verhandlungen bei einem Abschluss der Doha-Verhandlungen gesenkt, aber nicht vollständig aufgegeben werden.

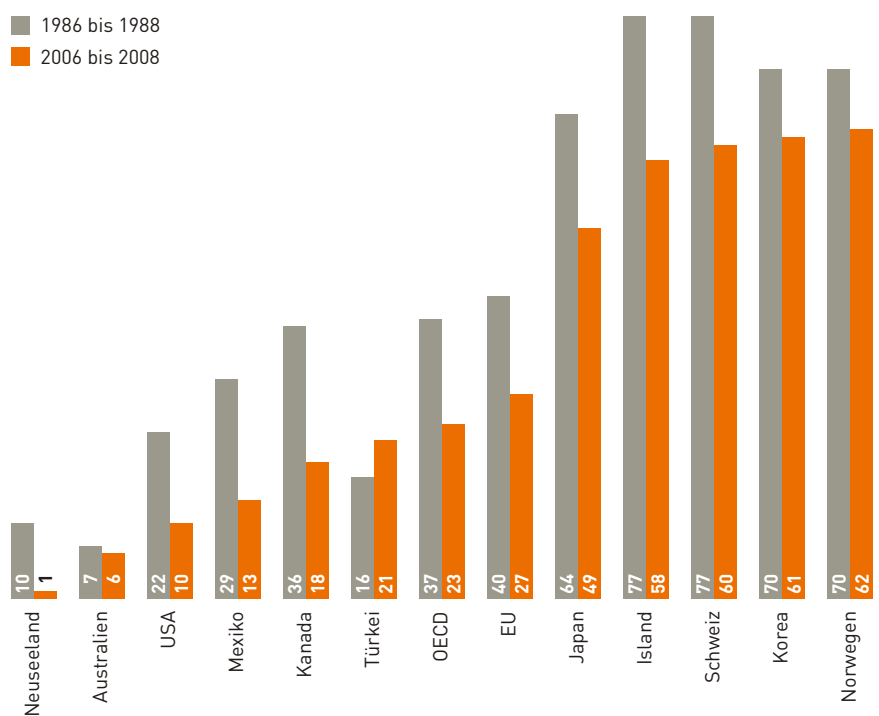
- Die Verteidigung der defensiven Interessen der Landwirtschaft ist legitim, sofern dabei die Interessen der übrigen Wirtschaft, der exportorientierten Landwirte und der Konsumenten nicht negativ tangiert werden. Dabei gilt es, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sektoren im Auge zu behalten.¹
- Ein Abbau des Grenzschutzes im Rahmen der WTO ohne gleichzeitigen Zugang zum europäischen Markt würde der inländischen Ernährungswirtschaft stark zusetzen. Es wäre daher fatal, die Verhandlungen mit der EU über ein umfassendes Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich FHAL abzubrechen, wie jüngst von gewissen Kreisen kurzfristig gefordert wurde. Das FHAL stellt in diesem Sinne eine «flankierende Massnahme» zur Liberalisierung der WTO dar.

Grafik 4

► Die Schweiz weist im internationalen Vergleich eine der am stärksten geschützten Landwirtschaften auf. Der Producer Support Estimate (PSE) ist ein Mass für den Geldwert der Bruttoumverteilung von Konsumenten (durch höhere Preise) und Steuerzahlern (durch Subventionen) zur Stützung der Produzenten im Agrarbereich. Die Grafik illustriert den Prozentanteil der Umverteilung gemessen an den Erträgen der Landwirtschaft im internationalen Vergleich.

Hohes Schutzniveau der Landwirtschaft

Kosten der Landwirtschaft für Konsumenten und Steuerzahler – Internationaler Vergleich der prozentualen Umverteilung gemessen am gesamten Landwirtschaftseinkommen



Quelle: OECD (2009)

¹ Gemäss Bundesamt für Statistik betrug die Bruttowertschöpfung des ersten Sektors (Land-, Forstwirtschaft, Fischerei) im Jahr 2008 1,2 Prozent. Der zweite und dritte Sektor machen je 28,2 respektive 70,7 Prozent aus.

▶ Schweizer Unternehmen profitieren von einer Öffnung der Dienstleistungsmärkte.

▶ Schutz des geistigen Eigentums ist zu gewährleisten.

▶ Der wirtschaftliche Nutzen von Handelserleichterungen wird stark unterschätzt.

Dienstleistungen

Auf der Grundlage des Dienstleistungsabkommens (GATS) tauschen die einzelnen WTO-Mitglieder gegenseitige Begehren und Offerten aus, um den grenzüberschreitenden Marktzugang für Dienstleistungen zu verbessern. Die zunächst bilateral ausgehandelten Zugeständnisse erreichen aufgrund des MFN-Prinzips multilaterale Gültigkeit. Die vorliegenden Offerten lassen vermuten, dass die WTO-Verpflichtungen in vielen Ländern nur dem heute bereits geltenden Rahmen angepasst werden. Der Dienstleistungshandel ist äusserst wichtig für die Schweiz. In unserem Land steuert der Dienstleistungssektor über 70 Prozent des realen BIP und drei Viertel der Arbeitsplätze bei.

- ▶ Die Schweizer Wirtschaft partizipiert in hohem Masse am weltweiten Austausch von Dienstleistungen, und unsere Unternehmen haben grosses Interesse an einem verbesserten Marktzugang im Ausland. Dies betrifft unter anderem die Bereiche Finanz-, Transport- und Logistikdienstleistungen, «Business Services», Tourismus sowie den Austausch von Spezialisten innerhalb multinationaler Unternehmen.
- ▶ Auch einseitige Öffnungen machen Sinn. Indem die Schweiz internationale Verpflichtungen eingeht, kann sie in- und ausländischen Investoren mehr Rechtssicherheit bieten. Dies wirkt sich positiv auf die Ansiedlung neuer Unternehmen aus.

Geistiges Eigentum

Der Schutz des geistigen Eigentums ist in allen Ländern auf einem hohen Niveau zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig für die innovationsgetriebene Schweizer Wirtschaft.

- ▶ Die Schweizer Wirtschaft begrüsst die Bemühungen zur Ausdehnung, zur Registrierung und zum Schutz geografischer Herkunftsangaben. Eine Verknüpfung mit den Verhandlungen im Bereich der Biodiversität ist klar abzulehnen.
- ▶ Die Forderungen, die eine Offenlegungspflicht des Herkunftslandes sowie der Quelle genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens, eine vorherige Zustimmung des berechtigten Ressourceninhabers (Prior Informed Consent) und eine Beteiligung dieser Inhaber am Kommerzialisierungsgewinn (Access and Benefit Sharing) umfassen, gehen zu weit und sind nicht akzeptabel.

Handelserleichterungen – Trade Facilitation

Durch eine Klärung und Verbesserung der GATT-Artikel V (Transitfreiheit), VIII (Gebühren und Formalitäten) und X (Transparenz) sollen handelsbezogene Transaktionskosten beim Grenzübertritt abgebaut werden. Solche entstehen durch Formalitäten, intransparente Vorschriften, neue Sicherheitsmassnahmen oder Wartezeiten und können bis zu 15 Prozent des Warenwerts ausmachen.

- ▶ Eine Einigung über Handelserleichterungen würde zu einer Senkung der Transaktionskosten beim Grenzübertritt und der Unsicherheit beitragen. Gemäss der Studie des Peterson Institute for International Trade dürfte der Nutzen davon rund doppelt so hoch ausfallen wie der Nutzen aus der Liberalisierung des Güter- und Dienstleistungshandels. Die Schweiz soll sich weiterhin aktiv und konstruktiv für ein Übereinkommen einsetzen.

- ▶ Regelwerk stärken.

Regeln – Rules

Im Zentrum der Verhandlungen über Regeln steht die Absicht, das Antidumping-, das Subventionsabkommen sowie die Regeln betreffend regionale Präferenzabkommen zu verbessern und zu stärken.

- ▶ Die von den USA vorgebrachte Forderung, bei der Berechnung der Antidumpingzölle weiterhin die sogenannte «zeroing»-Methode¹ anzuwenden, ist klar abzulehnen. Die Methode würde zu einem deutlichen Anstieg der Antidumpingtatbestände führen.

- ▶ Schweizer Wirtschaft bekennt sich klar zum Multilateralismus.

Fazit

Die Schweizer Wirtschaft bekennt sich weiterhin zum Multilateralismus. Die WTO bildet das Fundament einer erfolgreichen Aussenwirtschaftspolitik. Sie schafft klare und durchsetzbare Regeln, schützt vor diskriminierenden Massnahmen und bildet die Basis für Freihandelsabkommen. An der siebten Ministerkonferenz in Genf gilt es, institutionelle Reformen anzugehen, um die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Organisation zu stärken. Die Doha-Verhandlungen stehen nicht im Vordergrund und eine Einigung über die Modalitäten ist nicht zu erwarten. Trotzdem sind die Handelsminister aufgefordert, sich konstruktiv für einen raschen Abschluss der Doha-Runde einzusetzen. Dadurch würde einerseits ein zusätzliches Wachstum von rund 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert und andererseits ein klares Signal gegen protektionistische Tendenzen ausgesandt. Im Rahmen der Verhandlungen ist der Bundesrat aufgefordert, sich weiterhin für die Offensivinteressen der Wirtschaft einzusetzen. Dies bedingt einen Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen für Industriegüter, ein klares Bekenntnis zu Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich sowie ein verbindliches Abkommen im Bereich Handelserleichterungen. Um der Landwirtschaft bei einem Abschluss der Doha-Runde Zukunftsperspektiven gewährleisten zu können, sind die Verhandlungen über ein FHAL mit der Europäischen Union fortzuführen.

Rückfragen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich
www.economiesuisse.ch

¹ Ein Produkt gilt dann als «dumped», wenn der Exportpreis unter dem durchschnittlichen Preis auf dem Heimmarkt liegt. Bei der Berechnung nach der «zeroing»-Methode werden nur Exportpreise berücksichtigt, die unter dem Inlandpreis liegen (positive Dumpingspanne). Preise mit einer negativen Dumpingspanne werden durch deren Nullbewertung hingegen nicht berücksichtigt.